

Zeitschrift: Die Berner Woche

Band: 37 (1947)

Heft: 33

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

POLITISCHE RUND SCHAU

Hundert Jahre Eisenbahn

—an. Die Kolosse, die heute über die Schienen sausen, nehmen sich imposant genug aus neben dem «Spanisch-Brötl-Bähnchen», das als erste innerschweizerische Bahn Zürich mit Baden verband und den Anfang einer umwälzenden technischen, wirtschaftlichen und zugleich politisch-sozialen Umwälzung bedeutete. Das eben vergangene Jahrhundert veränderte das Gesicht unseres Landes und unseres Volkes mehr, als es ein vorangegangenes Jahrtausend verändert hatte. Wandlung zum Guten, Wandlung zum Schlimmen? Der bitterste Konservative kann nicht leugnen, dass wir bequemer leben können als vormals — *sofern wir zu leben verstehen und uns nicht von der Technik versklaven lassen*. Umgekehrt schaut auch der grünste Optimist und Fortschrittgläubige besorgt in den Strudel der Entwicklung und fragt, ob wir auch weiterhin durchkommen, oder ob uns die Dinge doch schliesslich über den Kopf wachsen werden.

Wir stehen vor einem neuen Jahrhundert neuer und wahrscheinlich unerhörter Erfindungen. «Wir werden vermutlich alles erfinden, was es überhaupt noch zu erfinden gibt», soll der Chef des amerikanischen Atomforschungs-Institutes gesagt haben. Ob er richtig prophezeit, ob «alles» erfunden wird, ist fast gleichgültig. Aber Unerhörtes bereitet sich vor. Man wird die Wolken über den Wüsten «reizen», bis sie Regen abgeben — man wird die «Brunnen der Tiefe» öffnen und die ödesten Gegenden in Kulturland verwandeln. Man wird an einigen wenigen Stellen der Erde die grossen Energie-Generatoren errichten, in welchen aus Atomkräften die grossen elektrischen «Interkontinental-Netze» gespiesen werden. (Der Atom-Motor soll erst viel später kommen. Vorläufig denkt man an die Umwandlung). Vielleicht kommt dazu die Erfindung des rentablen Akkumulators in Gross- und Kleinformat für jegliche Zwecke, so dass sich der Automobilist an jeder Strassenkreuzung, die Hausfrau in jedem Haushaltungsgeschäft mit der nötigen «Elektrizität im Trucklis» versorgen kann. Es spinne jeder seine Träume über das, was wir zu erwarten haben, von den Flugzeugen an, die nun die Rotationsgeschwindigkeit der Erde einholen und überholen werden, bis zum «ewigen Zündholz», einem Mikro-Akkumulator meinethalb.

Wenn er aber die kühnsten Träume über die technische Zukunft geträumt hat, soll sich jedermann auch fragen, ob wir bei der Konstruktion unseres Daseinsschiffes nicht etwas sehr Wichtiges vergessen haben: *Die Bremsen. Und ob wir zugleich auch Schritt gehalten haben mit unserm geistigen Rüstzeug. Da hinein gehört auch die Bewältigung der sich rasend schnell wandelnden wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeiten.* Die Eisenbahnkolosse sind nur als «Sozial-eigentum» denkbar — die sie konkurrenzierenden Autos tendieren wieder in der Rich-



Ueberschrift: «Polizeiaktion!»

Der 14tägige Krieg der holländischen Truppen gegen Indonesien, der harmlos «eine scharf begrenzte Polizeiaktion» genannt wurde, forderte auf beiden Seiten grosse Verluste. Die Indonesier befolgten teilweise den Befehl ihrer Führer und brannten vor ihren Rückzügen ganze Dörfer nieder. Unsere Aufnahme zeigt die Ruinen des Dorfes Soekaboemi im Buitenzorg-Sektor, das von den indonesischen Truppen niedergebrannt wurde. Im Fabrikgebäude links verbrannten 60 Chinesen. (Photopress).

tung des Individualismus, das Flugzeug verlangt wieder den «straff organisierenden Staat», die Kleinmaschine des zukünftigen Gemüsebauern verlangt den verantwortlichen «privaten Eigentümer». Das Kreditwesen dürfte nicht zu einer Stromschnelle werden, an dem sich der Fortschritt bricht usw.

Die englische Krise

Ist es eine Krise? Je nach den Sympathien, welche man dem Labour-Regime entgegenbringt, verkleinert oder vergrössert man die Angelegenheit. Das zeigt sich sehr deutlich in der ganzen schweizerischen Presse von rechts nach links. «Krise des Labour-Regimes» heisst es hier, «Labour-Regime steht fest», lautet es dort. An einer bestimmten Tatsache kommt jedoch kein Beobachter vorbei: *Dass sich momentan in England eine Entscheidung vorbereitet, die den Kurs nicht nur des Inselreiches, sondern ganz Europas und damit auch der übrigen Welt entscheidend verändern könnte.*

Was auf der Tagesordnung steht, ist die einfache *Forderung der Regierung nach einem «Ermächtigungsgesetz»*, welches der Regierung erweiterte Vollmachten im Kampfe gegen die Krise geben würde. Attlees Gegner stehen rechts, bei den Konservativen, und links, bei den Labour-Rebellen. Von rechts her wird ihm vorgeworfen, er habe immer noch keinen «Plan» vorgelegt, der die Öffentlichkeit überzeugen könne. Von links her tönen widersprüchsvolle Forderungen, wobei die einen ungefähr dasselbe sagen wie die Konservativen, die andern jedoch für die demokratischen Rechte fürchten. Für diese Rechte setzen sich mit grosstem Eifer auch die Liberalen ein.

In einer *Radiorede* hat Attlee seinen konservativen Gegnern geantwortet und gewissmassen den «Plan» bekanntgegeben: Er-

stens müsste das Land seine Ausgaben vermindern, obgleich dies für jedermann schwere Opfer zur Folge haben werde. Das bedeutet, dass man weniger importieren will. Denn nicht die Ausgaben des Einzelnen sind gemeint, sondern die Zahlungen, die man ans Ausland zu leisten hat. Gekürzte Importe bedeuten natürlich Mangel an gewissen Gütern, und dass man dies und das nicht mehr ersteht kann, das eben sind die von Attlee verheissen «schweren Opfer für jedermann». Zum zweiten sagt Attlee, England müsste seine Nahrungsmittelproduktion erhöhen. Hierzu sind einige historische Bemerkungen anzubringen. Während der Industrialisierung des Landes ging der Ackerbau auf ein Minimum zurück. Ganze Grafen schaften wurden entvölkert, während die Städte gewaltig wuchsen. Durch «königliche Verfüungen», sprich Parlamentsbeschlüsse, wurden vielfach Dorfschaften samt ihrer Umgebung in «königliche Jagdgebiete» verwandelt, um die Einwohner zum Dienst in den neu aufschiesenden Fabriken zu zwingen. Ein sehr dunkles Kapitel englischer Sozialgeschichte! Auf die Dauer aber schien sich die Industrialisierung «zulohmen». Man verdiente mächtig dabei, und die Nahrungsmittel bekam man viel billiger aus Übersee. Erst in den beiden Weltkriegen, vor allem durch die mörderische Zerstörung des Schiffsraumes, war das Land gezwungen, so etwas wie eine «Notstands-Landwirtschaft» zu improvisieren. Jetzt heisst es: «Wir müssen die Nahrungsmittelproduktion im Lande erhöhen...» Warum? Auf die Gründe dieser Forderung muss man gesondert eingehen.

England war bis zum zweiten Weltkriege eine sogenannte «Gläubigernation». Schuldzinsen aus aller Welt flossen nach dem Zentrum London. Aber nicht nur Zinsen und Tilgungsquoten, sondern vor allem auch gewaltige Geschäftsgewinne. Denn was man

in den Kolonien und Dominien durch Handel und Industrie verdiente, verbrauchte man zum Teil wiederum in England. Durch diesen ruhig fliessenden Goldstrom gewann das Land eine starke aktive Handelsbilanz und durfte sich sozusagen jeglichen Import erlauben, ohne je fürchten zu müssen, dem Ausland zu viel schuldig zu werden. Von dieser largen Importpolitik wissen auch wir Schweizer zu erzählen, und die Deutschen zur Zeit Wilhelms ebenso. Hätten sie Verstand gehabt, würden sie den Gang der Dinge nicht gestört haben.

Nun, nach dem zweiten Weltkrieg ist alles umgekehrt. England erhält wohl noch Zinsen, aber was es selbst bezahlen muss, übersteigt das, was es erhält, ins Ungemessene. Neben den USA, Kanada und Indien schuldet es vor allem Argentinien und Ägypten. Dazu fliessen nun auch die Gewinnsgewinne nicht mehr zurück. Niemand spricht davon, aber gewaltige Gewinne, die von den «Ausland-Engländern» früher heimgenommen wurden, bleiben draussen. Man kann sich in Indien einrichten und auf die Zinsen warten, welche Alt-England indischen Banken schuldet, und die man von diesen Banken zugut hat. Es ist eine vollkommen auf den Kopf gestellte Ordnung. Um wenigstens nicht für das tägliche Brot Zahlungen ans Ausland leisten zu müssen, fordert man jetzt: «Produziert im Inland mehr Nahrungsmittel!»

Die Forderung nach vermehrtem Export

und Hand in Hand damit die Nötigung, das Transportwesen «in wirksamster Weise zu betreiben» — also die Schiffahrt wieder auf die Höhe zu bringen, die sie vormals einnahm — sind die weitern Forderungen Attlees. Sie erklären sich beide aus derselben Ursache wie die Forderung nach einer eigenen intensiven Nahrungsmittelproduktion. Schulden bezahlen kann man schliesslich nur, wenn man Produkte liefert. Durch forcierten Export bringt man Dollars ein, die braucht man, um die Gläubiger zu befriedigen. Macht man sich in der Schiffahrt von den Konkurrenten unabhängig, gehen wenigstens die Transportspesen nicht mehr aufs Habenkonto des Auslandes, und auch für den Export wird man mit eigenen Schiffen arbeiten.

Man sieht: Alles dreht sich um den einen Punkt, um die Handelsbilanz. Sie ist seit Kriegsende andauernd passiv, untragbar passiv sogar, und wenn nicht alle Anstrengungen unternommen werden, muss eines Tages die Pfund-Währung zusammenbrechen. Alsdann wachsen die Verpflichtungen gegenüber dem Ausland ins Mehrfache; man muss den Dollar überzahlen, und die Folge: Man treibt dem Staatsbankrott entgegen. Einen solchen Ausgang aber darf man nicht riskieren, will man nicht die Abwendung der Dominien vom Mutterland in Kauf nehmen.

Wenn nun Attlee den Gewerkschaften empfiehlt, vorläufig auf jede Lohnerhöhung zu verzichten, wenn er ihnen verspricht, die aus den neuen Anstrengungen erwachsenden Lasten gleichmässig auf die ganze Bevölkerung zu verteilen, wenn die Verlängerung des Arbeitstages verfügt wird, so sind dies alles Konsequenzen der veränderten Lage

Englands im internationalen wirtschaftlichen Gefüge. Keineswegs Folgen der Labour-Wirtschaftspolitik, die die Gegner behaupten. Die Konservativen, die heute mächtig angreifen, wissen genau, dass ihnen die Labourpartei eine Last abgenommen, die sich nicht schwerer denken lässt. Es mag wohl sein, dass Attlee und die übrigen Labourführer nicht sogleich überschauten, welche Aufgaben sich ihnen stellen würden. Und es mag sogar sein, dass sie auch jetzt noch nicht die ganze Entwicklung, die folgen muss, durchschauen. Trotzdem bleibt bestehen, was ihre Gegner in ruhigen Stunden genau wissen: Dass England arm geworden, so wie es ehedem überreich war, und dass diese Verarmung die wahre Ursache seiner heutigen Krise ist.

Das Krisenprogramm Attlees steht übrigens insofern auf schwachen Füßen, als England seinen Export nur solange forcieren kann, bis auf den Weltmärkten eine gewisse Sättigung eintritt. Alsdann muss es notwendigerweise auf die Konkurrenz stoßen. Im selben Zeitpunkt oder noch früher werden bestimmte Staaten ihm auch die Rechnung für seine neuen landwirtschaftlichen Aufbauversuche stellen: Kauft ihr uns kein Brot mehr ab, sind wir außerstande, euch Industriewerte abzunehmen. Vielleicht reifen bis dahin gewisse Einsichten, die heute noch ferne liegen. Wenn die Auslandsverschuldung ein Land zu derart verzweifelten Versuchen treibt, viel mehr zu exportieren, als es importiert, dann ist der wahre Krankheitskeim nicht mehr die «passive Handelsbilanz», sondern das, was sie letzten Endes verschuldet, nämlich — die kriegsbedingte Auslandsverschuldung!

Die politischen Folgen der Krise sind längst bekannt und haben die von den Konservativen so scharf angegriffenen Rückzüge in vielen Teilen der Welt zur Folge gehabt. Als neuste Ereignisse in dieser Linie haben wir den beginnenden Rückzug der britischen Truppen aus Griechenland zu ver-

zeichnen. Die Griechen haben einen Notschrei nach Washington gerichtet: Die erste Trumanhilfe, die Dollars, die der Kongress gewährte, genügen nicht. Man muss mehr Dollars haben. Bald wird es heißen: Man muss auch amerikanische Soldaten haben. Denn noch sind die Guerillabanden nicht erledigt. Alle Blutgerichte gegen die Gefangenen in den albanischen Grenzbergen nützen nichts. Mit dem britischen Rückzug beginnt ein neues Zucken «in allen Landesgegenden». Attlees Politik in Griechenland kann übrigens als eine Konzession an den eigenen Rebellenflügel aufgefasst werden. Inskünftig können die Russenfreunde innerhalb Labours nicht mehr behaupten, England stütze ein fascistisches Regime in Athen.

Im Zusammenhang mit der neusten Entwicklung Englands erwartet man nun auch in der Deutschland-Frage neue Wendungen. Niemand weiß, was in den letzten Wochen drüber in Washington, auf der «Kohlenkonferenz», genau, der «Ruhrkohlen-Konferenz», entschieden werden soll oder kann. Die nur in engem Rahmen abgehaltenen Besprechungen sind bisher fast ganz geheim gehalten worden. Amerika verlangt den raschen Aufbau der darniederliegenden deutschen Wirtschaft, verlangt die Sistierung jeder Sozialisierungsversuche, verlangt die Möglichkeit, sich mit den Kapitalien seiner Finanz- und Unternehmerkreise einzuschalten und rasch Geschäfte zu machen. Die Engländer wünschen, dass ihnen die USA gewissermassen die «armen Leute abnehme», für die sie seit anderthalb Jahren den Gürtel enger schnallen mussten. Aber sie möchten dabei doch nicht den Amerikanern einfach ein Geschäft in die Finger spielen und sich ausschalten lassen. Wie man sich schliesslich einigen wird, das sieht man heute nicht vor. Amerika hat die grossen Trümpfe in der Hand, welche England als solche anerkennt. Die Labourregierung spielt mit «kapitalistischen» und ja nicht mit «revolutionären» Karten. Es wird darum vermutlich nachgeben müssen.



Das entsetzliche Autounglück bei Basel

Unser Bild zeigt die vier ineinander verkeilten Automobile an der Unfallstelle, lichterloh brennend. Ganz links im Hintergrund erkennt man noch den am Straßenranden parkierten Lastwagen (daneben steht ein Mann). Links eines der Basler Automobile, in der Mitte der französische und rechts der belgische Wagen, wo die drei Insassen den Feuertod erlitten. (Photopr.)